

BVVP • WÜRTTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN

## Pressemitteilung

05.11.2019

### Digitale Versorgung Gesetz – bvvp befürchtet Aushöhlung des Gesundheitsdatenschutzes

**Berlin, 05. November 2019. Am 08.11. 2019 wird der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung das „Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation“ (Digitale-Versorgung-Gesetz – DVG) abschließend behandeln. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens sollen die Paragraphen 303a bis f SGB-V komplett geändert werden. Der bvvp sieht darin einen Frontalangriff auf den Gesundheitsdatenschutz in Deutschland. Er fordert die Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages auf, den Gesetzentwurf in der vorgelegten Form abzulehnen und die Paragraphen 303a bis f SGB-V per Änderungsantrag aus dem Gesetzentwurf zu entfernen.**

„Der Schutz der Gesundheitsdaten sollte, wie Bundesminister Spahn mehrfach angekündigt hat, in einem eigenen Gesundheitsdatenschutzgesetz verankert und vorab ausführlich in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden“, forderte Benedikt Waldherr, Vorsitzender des bvvp Bundesverbandes.

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten wendet sich scharf gegen die geplanten Regelungen. Zur Begründung:

- Eine Übermittlung von Sozialdaten erfolgt bereits jetzt, eine Ausweitung der Datenmenge ist aus Sicht des bvvp nicht notwendig.
- Die Datenverwaltung wie auch die Festlegung der Kriterien für den Datenzugriff würden, wenn alleine das Bundesgesundheitsministerium per Rechtsverordnung entscheiden dürfte, wer wann wo auf welche Daten zugreifen darf, der Willkür der jeweiligen Regierung unterliegen.
- Auch die Regeln für die Pseudonymisierung würden vom Bundesgesundheitsministerium nur per Rechtsverordnung festlegbar sein - wiederum ohne parlamentarische Kontrolle.-

#### VORSTAND

##### VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr  
Psychologischer Psychotherapeut

##### 1.STELLV. VORSITZENDE

Angelika Haun, Fachärztin für  
Psychosomatische Medizin und  
Psychotherapie

##### 2.STELLV. VORSITZENDER

Martin Klett, Kinder- und  
Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. Michael Brandt

Tilo Silwedel

Dr. Elisabeth Störmann-Gaede

Mathias Heinicke

Ariadne Sartorius

Ulrike Böker

Eva-Maria Schweitzer-Köhn

Rainer Cebulla

Dr. Bettina van Ackern

Dr. Frank Roland Deister

#### KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin

Telefon 030 88725954

Telefax 030 88725953

[bvvp@bvvp.de](mailto:bvvp@bvvp.de)

[www.bvvp.de](http://www.bvvp.de)

#### BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG

IBAN:

DE69100900002525400002

BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID

DE77ZZZ00000671763

- Die im Entwurf aufgeführte Regelung zur Pseudonymisierung ist in sich nutzlos, da sowohl Vertrauensstelle, als auch Forschungsdatenstelle unter dem Dach und der Hoheit des Bundesgesundheitsministeriums liegen sollen. Das bedeutet, dass auch hier jedwede Details per Rechtsverordnung veränderbar sind.  
Eine solche fehlende Trennung der Zuständigkeiten und die daraus resultierende Möglichkeit, einmal getroffene Regelungen ohne parlamentarische Kontrolle zu verändern, lehnt der bvvp strikt ab.
- Der bvvp lehnt zudem die Form der Datenselbstbedienung ab, die mit der Einrichtung eines Arbeitskreises der Nutzungsberechtigten einherginge. Die Regelungen, wann, wo und wie auf Gesundheitsdaten zugreifen kann, können nicht von jenen gestaltet werden, die selbst am Datenzugriff interessiert sind. Spätestens hier sind die Betroffenen PatientInnen einzubeziehen-
- Die Kosten für das Forschungsdatenzentrum und die dazugehörigen staatlich-organisatorischen Kosten würden lediglich auf die Krankenkassen und damit auf die gesetzlich Versicherten umgelegt werden statt auf die Nutzer der Daten.
- Übermittelt würden Personen-, Kosten- und Leistungsdaten, die eine komplette Patientenakte abbildeten.
- Hauptkritikpunkt ist aber, dass die gesamte Regelung kein Widerspruchsrecht der PatientInnen vorsieht. Hier wird aus Sicht des bvvp das vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung massiv verletzt und gezielt umgangen.

Um die Aushöhlung des Gesundheitsdatenschutzes zu verhindern, appelliert der Verband auch mit seiner Stellungnahme an alle Gesundheitspolitiker: Wehren Sie sich gegen die Änderungen der Paragraphen 303a bis f im Sozialgesetzbuch V und die damit einhergehenden Einschränkungen demokratischer Grundrechte.

**Für den bvvp**

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr  
1. Vorsitzender

**Anfragen und Interviewwünsche bitte an:**

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Frau Anja Manz - Pressesprecherin  
Württembergische Straße 31,  
10707 Berlin  
Tel. \*49 30 88 72 59 54  
Mobil \*49 177 65 75 445  
[presse@bvvp.de](mailto:presse@bvvp.de)  
[www.bvvp.de](http://www.bvvp.de)

**Anlage:** Stellungnahme des bvvp – zur Versendung an Bundesminister Jens Spahn und die Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages